



Liebe Kolleginnen und Kollegen,

ich möchte den bevorstehenden Jahreswechsel nutzen, aus gewerkschaftlicher Sicht auf das Jahr zurückzuschauen.

2016 begann mit der zentralen Thematik, die uns 2015 besorgte, nämlich den unerwarteten Zustrom vieler Flüchtlinge. Auch in 2016 war die Bewältigung dieser Lage ein wesentliches Aufgabenfeld der Polizei. Durch die BAO Flüchtlinge, die wesentlich von der Polizei geprägt war, aber auch durch die Arbeit der Polizeistationen in den Landesunterkünften gelang es, etwas Ordnung in die Lage zu bringen. An dieser Stelle darf noch einmal darauf hingewiesen werden, dass an verschiedenen Stellen in der Polizei Herkulesaufgaben ohne viel Murren und Klagen bewerkstelligt wurden. Während andere Behörden sich noch verwundert die Augen reiben, hatte die Polizei schon die Ärmel hochgekrempelt.

Allerdings, auch darauf sei hingewiesen, erschreckte durchaus, wie schnell der Dank und der Respekt für die Leistungsbereitschaft der Polizeibeam-

ten vom grauen Alltag wieder eingefangen und alte Handlungsmuster wieder aufgenommen wurden.

Aber auch auf anderen Ebenen entwickelte sich eine sicherheitspolitische Wende. Politik erkannte plötzlich den Irrsinn vorangegangener Personalentwicklung auf ein Minimalprinzip. Der Unsinn, mit dem ein Personalabbaupfad im öffentlichen Dienst und insbesondere bei der Polizei begründet wurde, war von einem Tag auf den nächsten obsolet. Plötzlich waren sich alle einig, dass wir nicht weniger, sondern mehr Polizisten brauchen, die nun allerdings nicht auf dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen, sondern erst langjährig ausgebildet werden müssen. Die Instrumente der finanziell versüßten freiwilligen Arbeitszeitverlängerung als Kompensation sind durchaus strittig.

Jedenfalls ist festzustellen, dass durch die Flüchtlingsfrage auch eine intensive und emotionale öffentliche Diskussion entbrannte mit einer Tendenz

zur starken Radikalisierung an den gesellschaftlichen Rändern. Hasspostings im Internet und öffentliche Versammlungen unterschiedlicher Gruppierungen zur Flüchtlingsfrage stellten neue Herausforderungen für die Polizei dar. Aber in der öffentlichen Diskussion stand auch immer die Rolle der Polizei zur Disposition. Unterstellungen, man verschweige absichtlich Zahlen von negativer Kriminalitätsentwicklung durch Flüchtlinge, standen im Raum. Am anderen Ende des Meinungsspektrums wurde der Polizei institutioneller Rassismus unterstellt, wenn die Herkunft von Tatverdächtigen genannt wurde. Da musste die Landespolizei auch viel aushalten.

Aber es war auch feststellbar, dass das Sicherheitsgefühl vieler Menschen tangiert war. Die Forderungen nach mehr sichtbarer und ansprechbarer Polizei wurden deutlich. Unsinnige geistige Tiefflüge nach dem Motto „es ist nicht bewiesen, dass mehr Polizei auch mehr Sicherheit bedeutet“

verschwanden glücklicherweise von der politischen Argumentationslinie und selbst Parteien forderten mehr Personal für die Polizei, die bisher eher nicht dafür bekannt waren, dass das ihre politische Grundüberzeugung ist.

2016 war aber auch das Jahr schlimmer Terroranschläge in Paris und Brüssel. Aber auch in Deutschland schlugen religiös fanatisierte Terroristen zu und es wurden Terrorverdächtige festgenommen. Das hat Auswirkungen auf die Bewertung der Sicherheitslage. Man muss davon ausgehen, dass auch in Deutschland weiterhin Anschläge zu erwarten sind und dass gerade in einem Flächenland die Wahrscheinlichkeit hoch ist, dass Streifenwagenbesatzungen Erstkontakt haben werden. Das muss Auswirkungen haben auf Ausstattung, Taktik und Fortbildung und zwar mit hoher Priorität. Nebensächliche Themen, mit denen man sich sonst auch gerne in Elfenbeintürmen beschäftigt, müssen schlichtweg aufgeschoben werden.

Ein weiteres Thema will ich nicht aussparen. Neben vielen Bürgerkriegsflüchtlings und

Impressum:

Redaktion:
Sven-Erik Haase
Muhliusstraße 65
24103 Kiel
Tel. 0173.6101705
E-Mail: sven-erik.haase@gmx.de

Landesgeschäftsstelle:
Muhliusstraße 65
24103 Kiel
Tel. 0431.2109662
Fax 0431.38671061

Internet: www.dpolg-sh.de
E-Mail: dpolg-sh@t-online.de

DPoIG S-H bei facebook:
www.facebook.com/dpolg.sh



ISSN 0937-4841



© Pixelio.de/RTia Köhler



Menschen, die Anspruch auf politisches Asyl haben, kommen aber auch eben viele Menschen zu uns als „Flüchtlinge“, die sich hier schlichtweg ein besseres Leben versprechen. Rückführungen finden nur sehr spärlich statt, unter den hier angekommenen Menschen hat es sich natürlich auch herumgesprochen, wie es geht, dass man trotz Ablehnung im Asylverfahren hierbleiben kann. Die rechtlichen und tatsächlichen Hindernisse im Rückführungsverfahren verursachen bei den damit befassten Kolleginnen

und Kollegen erhebliche Frustration.

Der Ausblick für 2017 ist noch nebulös. Die politische Großwetterlage ist unübersichtlich, 2017 wird im Land und im Bund gewählt. Zeiten nach Wahlen sind traditionell Zeiten gebrochener Versprechen, da hoffen wir auf Verlässlichkeit politischer Zusagen. Es bleibt zu hoffen, dass wir von großen Terroranschlägen und Übergriffen von politischen oder religiösen Fanatikern verschont bleiben, die Wahrscheinlichkeit spricht aber dagegen. Innere

Sicherheit kann nur von einer personell gut ausgestatteten, vernünftig ausgerüsteten und gut motivierten Polizei gewährleistet werden. Aber auch an unsere Polizeiführung sei der Hinweis erlaubt, dass eine Beschränkung von Veränderungsprozessen angesagt ist. Es ist nicht die Zeit, in der viele Projekte nebeneinander bearbeitet werden sollten. Wir haben vernünftige Organisationen und wir sollten uns sehr stark fokussieren auf unseren gesetzlichen Auftrag und das Verhältnis Polizei zum Bürger im Auge behalten.

Der Landesvorstand der DPoIG wünscht allen Kolleginnen und Kollegen ein ruhiges und besinnliches Weihnachtsfest sowie ein gutes neues Jahr 2017. Den Kolleginnen und Kollegen, die über die Feiertage ranmüssen, wünschen wir einen ruhigen Dienst und bleibt gesund. Die DPoIG wird auch 2017 nach Kräften für die Belange der Polizei kämpfen und streiten, Mitmacher gesucht!

Für den Landesvorstand

*Torsten Gronau,
Landesvorsitzender*

Ansichten eines Landtagsabgeordneten zur Rechtsstaatlichkeit

In seinen hoffentlich letzten Wochen als Landtagsabgeordneter der Piraten giftet Dr. Patrick Breyer (hauptberuflich Volljurist und Richter) noch einmal ordentlich gegen die Polizei. Hintergrund sind die Vorkommnisse rund um die Räumung des Geländes der „Luftschlossfabrik“ in Flensburg im Februar des Jahres.

Zur Erinnerung: Hierbei handelte es sich um ein illegal besetztes Gelände, dass von der Polizei im Wege der Unterstützung für den Gerichtsvollzieher zu räumen war. Wie im Vorwege öffentlich angekündigt, leistete ein Teil der Besetzer erheblichen Widerstand, sodass die Polizei die Räumung unter Anwendung von Zwangsmitteln durchsetzen musste.

Erwartungsgemäß kam es hinterher zu den üblichen Reflexen, nämlich der Polizei erst einmal unverhältnismäßige Gewaltanwendung anzudichten. Richtig ist, unmittelbarer Zwang wird angekündigt und jeder hatte die Möglichkeit, sich von dem Gelände friedlich zu entfernen. Das taten einige offenbar nicht und insofern wurde das, was angekündigt wurde, in die Tat umgesetzt.

Die Anwendung unmittelbaren Zwanges innerhalb gesetzlicher Grenzen und Normen sieht nicht schön aus, insbesondere wenn die Maßnahmen im Sichtfeld eines Pulks von Journalisten stattfinden.

Insofern war es nicht verwunderlich, dass ein Teil einer polizeilichen Maßnahme gefilmt und ins Internet gestellt wurden. Auch das ist mittlerweile Bestandteil polizeilicher Arbeit. Dieses Video sahen sich dann viele Menschen an und einige empörten sich und meinten, dort unangemessene Polizeigewalt zu sehen. Gerade um sich keinen Vorwurf der Vertuschung auszusetzen, wurde von der Polizei selbst ein Ermittlungsverfahren zu diesem Komplex initiiert, um überprüfen zu lassen, ob hier unverhältnismäßige und rechtswidrig

gehandelt wurde. Solch ein Ermittlungsverfahren ist für die betreffenden Beamten belastend, gehört aber heutzutage zum Polizeiberuf ganz selbstverständlich dazu.

Neben diesem Verfahren gab es übrigens auch Anzeigen wegen Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte, begangen durch „Besetzer“.

So sicher wie das Amen in der Kirche kam der Piraten-Abgeordnete Dr. Breyer um die Ecke und forderte wie in einem Mantra eine „unabhängige Stelle für interne Ermittlungen“, die er auch schon beim von ihm so genannten „Polizeischulskandal“ forderte.

Wenn man sich dieser Forderung inhaltlich nähern möchte, würde man sich wünschen,



> Torsten Gronau,
Landesvorsitzender

dass er den ungeheuerlichen Vorwurf, der hinter dieser Forderung steckt, belegt. Wann, wo und wie oft sind Herrn Dr. Breyer Sachverhalte bekannt geworden, in denen er belegen kann, dass die Polizei Ermittlungen gegen Polizeibeamte nicht ordnungsgemäß erledigt?

Aber damit es vermutlich ideologisch passt, wird das Pferd von hinten aufgezäumt. Dr. Breyer gibt bekannt, dass im letzten Jahr die Staatsanwaltschaften in 209 Fällen Ermittlungen gegen Polizeibeamte einleiteten, dabei kamen sechs Anklagen, drei Strafbefehle und drei Einstellungen gegen



Auflagen heraus. Damit ist festzustellen, dass in den allermeisten Fällen nach juristischer Prüfung festgestellt wurde, dass an den Vorwürfen gegen die Polizeibeamten nichts dran war, fast jeder Polizeibeamte wird in seiner Dienstzeit immer wieder mal mit unberechtigten Anzeigen überzogen. Nicht aber so die Erkenntnis von Dr. Breyer. Dieser hält die Einstellungsquote intuitiv für „auffällig“ und unterstellt „Zweifel an der Unabhängigkeit“. Um es klar zu sagen, diese Schlussfolgerung ist schlichtweg unseriös und zeigt lediglich eine ideologische Grundhaltung.

Die Staatsanwaltschaft Flensburg hat zwischenzeitlich das

Ermittlungsverfahren gegen die Polizeibeamten eingestellt. Es sind eben nicht das subjektive Rechtsempfinden eines einzelnen Abgeordneten maßgeblich, sondern objektive Kriterien. Der Jurist Dr. Breyer war sich nicht zu schade, „Aufklärung im Innen- und Rechtsausschuss“ zu verlangen. Da kann man sich doch nur mit der Hand vor den Kopf schlagen. Soll das eine Einschüchterung der Staatsanwaltschaft werden?

Dieses Begehren ist mittlerweile abgewiesen worden, auch weil Beschwerde gegen die Einstellung des Verfahrens eingelegt wurde und der Rechtsstaat in seinen Mechanismen funktioniert.

Kein Thema bei Dr. Breyer waren übrigens die Übergriffe gegen die Polizei und die Einstellungen von Strafverfahren wegen Widerstands gegen Vollstreckungsbeamte.

Um es ganz deutlich zu sagen. Die Polizei hat ein profundes eigenes Interesse an Aufklärung, wenn jemand aus dem eigenen Berufsstand Straftaten begeht. Es gibt keine belegbaren Tatsachen, die Zweifel an der sachgerechten Aufklärung von Beamtendelikten nähren. Insofern ist die Forderung nach einer „unabhängigen Ermittlungsstelle“ schlichtweg Unsinn, zumal die Staatsanwaltschaft als „Herrin des Verfahrens“ über den Zweifel der Abhängigkeit erhaben sein sollte.

Die Anwendung unmittelbaren Zwanges in Form körperlicher Gewalt gehört zum Aufgabenspektrum der Polizei im Rahmen gesetzlicher Ermächtigungen, das Gewaltmonopol liegt beim Staat. Jeder Bürger kann diese Maßnahmen überprüfen lassen. Und es ist ein gutes Zeichen für ordentliche Polizeiarbeit, dass die meisten Anzeigen eingestellt werden, weil die Polizei letztlich rechtmäßig gehandelt hat, auch wenn der Betroffene dieser Maßnahme das anders empfinden mag.

Insofern, etwas mehr Fairness bitte, Herr Dr. Breyer.

*Kommentar von
Torsten Gronau,
Landesvorsitzender*

Unbewaffnet auf Streife – was kommt noch?

JUSOS (Jugendorganisation der SPD) Bremerhaven fordern Streifenpolizisten ohne Waffen – siehe POLIZEISPIEGEL 11/2016, Landesteil Bremen

Leserbrief von Joachim Janke

Wie naiv und realitätsfern müssen Menschen sein, wenn sie behaupten, dass unbewaffnete Streifenpolizisten nicht zu einem „Weniger“, sondern zu einem „Mehr“ an Sicherheit führen? Und wie ideologisch verbohrt müssen diese Menschen sein, wenn sie proklamieren, daß Streifenpolizisten von der Bevölkerung als bedrohlich wahrgenommen werden?

Ich bin zwar seit einigen Jahren im Ruhestand, wage aber zu be-

merken, daß ich nach 41 Dienstjahren auf einige Erfahrung zurückblicken kann. Ich habe glücklicherweise nie auf Menschen schießen müssen, aber in die Situation, solches aus reiner Notwehr tun zu müssen, können jederzeit jeder Kollege oder jede Kollegin kommen. Bedrohung geht nie von der Polizei aus – Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte werden bedroht, nicht nur von Reichsbürgern.

Wenn, wie im Magazin FOCUS, Ausgabe 45/2016 berichtet

wird, ein Bezirksamt in Berlin die regelmäßige Kontrolle und Strafverfolgung von Drogendealern in einem Stadtpark als Diskriminierung bezeichnet, diese polizeilichen Maßnahmen abgestellt haben möchte und stattdessen den Dealern eine kostenlose Rechtsberatung anbieten will, dann darf der seriöse Bürger sich wohl fragen, wie es in unserem Lande um Recht, Gesetz und öffentliche Sicherheit bestellt sein mag.

Die Kriminalität im Lande, angefangen vom Fahrraddieb-

stahl bis zu terroristischen Anschlägen, hat die Bevölkerung längst extrem verunsichert. Daraus resultierend steigen die Erwartungshaltung gegenüber den Sicherheitsbehörden und die Anforderungen an diese ständig. Im selben Zuge werden aber vom Gesetzgeber die Möglichkeiten für Polizei, diesen Erwartungshaltungen gerecht zu werden, immer weiter eingeschränkt. Hoffentlich führt diese unglückliche Entwicklung bei uns nicht zu „amerikanischen Verhältnissen“. Die AfD lässt grüßen. ■

Ständig steigende Anforderungen – zunehmender Druck

Leserbrief von Ernst Meißner zum Artikel im POLIZEISPIEGEL 10/2016, Landesteil Schleswig-Holstein

Mit Erschrecken habe ich den Hilferuf von Kollegen Frank Hesse in der Oktoberausgabe des POLIZEISPIEGEL lesen

müssen. Schon nach der Reform IV hieß es, dass bei der Polizei endlich mal Ruhe einkehren und sich die Verände-

rungen erst einmal setzen müssen.

Seit fünf Jahren bin ich nun in Pension und es geht immer noch Schlag auf Schlag weiter. Tausende Arbeitsstunden, viele Tausend Kilometer wurden bis-

her in Arbeitsgruppen verbraucht. Dabei wurden vielfach Instrumente angelegt, die für die Wirtschaft gelten mögen – aber doch nicht für die Polizei.

In der Wirtschaft stimmen die Voraussetzungen – in mone-

tärer Hinsicht und sächlicher Ausstattung. Voraussetzungen, die bei uns nie geschaffen wurden. Eine ausgewogene Polizei, wie wir sie in unserer Demokratie benötigen, muss Sicherheit leben und nicht produzieren. Gerade der Ermessensspielraum macht gute Polizeiarbeit möglich – der wird aber reduziert, weil er keine Daten, sondern „nur Polizeiarbeit“ erzeugt und natürlich nicht beurteilungsrelevant ist, wenn der Chef sich nicht mehr mit den Mitarbeitern beschäftigen kann oder will.

Ein Umdenken in der Polizeiführung ist unumgänglich. Sie müssen Zeit zum Führen ihrer Ebene haben und nicht nur Loyalität ausüben. Loyalität ist ja gut, aber bitte in erster Linie nach unten, den eigenen Mit-

arbeitern gegenüber. So etwas gab es in der Landespolizei mal in breiter Ebene – heute sind es Einzelfälle!

Natürlich darf es keinen Stillstand in der Entwicklung der Landespolizei geben – aber genau so wenig dürfen Reformen zum Selbstzweck werden.

Die Wirtschaft zeigt auch auf, wie ständiger Druck und falsch gelebte Loyalität zur Katastrophe führen kann. Die Deutsche Bank und VW sind die besten aktuellen Beispiele. Anzeichen dafür sehe ich auch schon bei der Polizei – soweit ich es von außen verfolgen kann. Oder gerade deshalb?

Warten wir auf das Geschrei in der Öffentlichkeit – und ich weiß auch schon, wer das wieder ausbaden darf! ■

Auch Kleinspenden helfen DPoIG-Stiftung – eine sinnvolle und wichtige Einrichtung!

Viele Jahre habe ich mich in meiner Freizeit sozial engagiert und durch verschiedene Aktionen Spendengelder eingeworben. Karitative Einrichtungen wie beispielsweise „Dunkelziffer e. V.“ in Hamburg, die „Lübeck-Hilfe für krebserkrankte Kinder e. V.“ und die „Marli GmbH“ in Lübeck sowie der Sportverein meines Wohnortes waren die Begünstigten.

Da war es mir vor meinem Eintritt in den Ruhestand wichtig, noch einmal Geld für meine eigenen Kolleginnen und Kollegen zu sammeln und der Stiftung der DPoIG, deren Mitglied ich seit über 40 Jahren bin, zur Verfügung zu stellen. Die Stiftung hilft beziehungsweise un-

terstützt Personen der sogenannten „Blaulichtberufe“, die durch schädigende Ereignisse sowohl im Berufs- als auch im Privatleben gesundheitlich, seelisch oder traumatisch stark beeinträchtigt sind.

Also organisierte ich unter anderem ein Fußballturnier in der Soccerhalle in Bad Schwartau sowie eine Tombola und erhielt anlässlich meiner Verabschiedung in den Ruhestand „finanzielle Unterstützung“ von vielen Kolleginnen und Kollegen des 1. Polizeireviers Lübeck.

Unseren Urlaub in Oberbayern im September verbanden meine Frau und ich mit einem Besuch des Stiftungshauses in

„Auch Kleinvieh macht Mist!“

Vorschlag für eine gute Tat zu Weihnachten

Weihnachten steht bevor. Das ist regelmäßig der Zeitpunkt, an dem allorts an die Menschen appelliert wird, für gute Zwecke zu spenden. Das geht sicher vielen auf die Nerven, weil man gar nicht mehr weiß, für wen oder was man denn noch spenden soll. Kaum einer hat von seinem Gehalt wirklich noch Geld übrig, um es auch noch verschenken zu können.

Trotzdem will der DPoIG-Landesverband Schleswig-Holstein an dieser Stelle einen kurzen Aufruf starten:

Wer vielleicht ein paar Euro übrig hat und seine vorweihnachtliche Stimmung mit einer guten Tat noch etwas steigern möchte, dem sei die **Stiftung der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPoIG)** ans Herz gelegt.

Diese Einrichtung, von der an dieser Stelle bereits des Öfteren berichtet wurde (so auch in dieser Ausgabe), leistet tatsächlich einen unschätzbaren Beitrag für alle, die einmal eine Auszeit benötigen. Sei es durch persönliche Umstände, Erkrankungen oder dienstliche Erlebnisse, die sie aus der Bahn geworfen haben. In den Stiftungshäusern in Lenggries und Fall können betroffene Kollegen und Kolleginnen eine zeitlang abschalten und einmal die Seele baumeln lassen. Jeder, der schon einmal dort war weiß, dass das nicht nur so dahingesagt ist.

Auch aus Schleswig-Holstein konnten bereits viele Kollegen und Kolleginnen, meistens mit ihrer Familie, das Angebot nutzen. Und jeder der dort war, ist begeistert und voll des Lobes!

Also, wer vielleicht doch noch ein paar Euro locker machen kann und will:

**Stiftung der DPoIG,
Sparda Bank München eG, IBAN: DE70 7009 0500 0001 9999 90**

Jeder Euro hilft! Und wer es richtig gut meint richtet gleich einen Dauerauftrag ein und überweist dauerhaft monatlich einen kleinen Betrag als Spende für einen wirklich guten Zweck.

Danke!
Der Landesvorstand



> Burkhard Bichels, Berend Jochem (von links)

Fall. Es liegt in absoluter Ruhe abseits aller Verkehrsstraßen und verfügt über eine große und sehr gepflegte Gartenanlage. Die geräumigen Appartements sind mit modernen Möbeln eingerichtet, sehr sauber und verfügen jeweils über voll ausgestattete Küchen.

Sie werden nicht nur Betroffenen, sondern auch Angehörigen der Polizei, der Berufsfeuerwehr und der Rettungsdienste sowie Justizvollzugsbeamten, die ihren Urlaub in einem Appartement verbringen wollen, zur Verfügung gestellt.

Nach Abschluss der Führung durch Herrn Jochem – Vorsitzender des Stiftungsvorstandes – war es soweit. Es erfolgte die symbolischer Übergabe von 1000 Euro in Form eines Überreichschecks.

Ich hoffe, dass dieser Beitrag viele Kolleginnen und Kollegen dazu anspornt und ermutigt, Gleiches zu tun, denn der Staat kommt leider seinen Verpflichtungen nicht immer in vollem Umfang nach. Und daher helfen auch Kleinspenden.

Burkhard Bichels